



Platz des Landtags 1 - 40221 Düsseldorf  
Tel. 0211-8844422 - Fax 0211-8843628  
eMail: fdp-pressestelle@landtag.nrw.de

Pressesprecherin Wibke Op den Akker  
Tel. 0211-8844433 und 01776162560

## Auszüge aus der Rede zum Landesparteitag in Münster

*"Freiheit vor Gleichheit - Privat vor Staat"*

## **Gerhard Papke**

Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion NRW

**Sperrfrist: Redebeginn**

**Es gilt das gesprochene Wort!**

**Samstag, 19. April 2008**

"Die Politik in unserem Land steht in den nächsten Jahren vor grundlegenden Weichenstellungen.

- Gelingt es, die soziale Marktwirtschaft zu erneuern oder wird sie durch einen Linkspopulismus verdrängt, der von der PDS bis zur CDU alle erfasst hat? - Alle, bis auf eine Partei, die Freien Demokraten.
- Gelingt es, gesellschaftliche Mehrheiten für das Prinzip Freiheit zu gewinnen oder verliert die Freiheit gegen eine naive Staatsgläubigkeit, die selbst fundamentale Bürgerrechte in Frage stellt?
- Gelingt es, unser Land aus der politischen Mitte zu regieren, wo die FDP steht, oder gerät es unter den Einfluss einer Linkspartei, in der sich in Nordrhein-Westfalen Trotzkiten, Maoisten und andere verirrte Linksextreme versammeln, die 20 Jahre nach dem Ende des Ostblocks immer noch über die Weltrevolution fabulieren?

Nordrhein-Westfalen, die wirtschaftliche und politische Herzkammer Deutschlands, ist ein Land der politischen Mitte. Und wir Freien Demokraten werden nicht widerstandslos hinnehmen, dass die Achse unseres Landes von der Mitte immer weiter nach links verschoben wird.

Wir arbeiten jetzt seit fast drei Jahren in der Regierungsverantwortung. Nordrhein-Westfalen wird zum Land der marktwirtschaftlichen Erneuerung. Nordrhein-Westfalen bleibt ein Land der inneren Liberalität.

Denn das Prinzip Freiheit als Kompass unserer Politik ist nicht teilbar. So wie es im Wiesbadener Programm der FDP wunderbar beschrieben ist: Freiheit ist Vielfalt. Vielfalt in der Marktwirtschaft heißt Wettbewerb, Vielfalt in der Gesellschaft heißt Toleranz.

Deshalb finden gesellschaftliche Minderheiten bei uns Unterstützung. Deshalb wird es mit uns auch bei einem konservativen Koalitionspartner niemals eine Rolle rückwärts in die Gesellschaftspolitik der 50er Jahre geben.

In den vergangenen Jahren hat sich vieles in Nordrhein-Westfalen zum Besseren verändert. Noch vor drei Jahren, am Ende von Rot-Grün, litt es unter der höchsten Massenarbeitslosigkeit seiner gesamten Landesgeschichte, unter der höchsten Pleitewelle im Mittelstand, unter dem höchsten Unterrichtsausfall und unter der höchsten Neuverschuldung, die es jemals gegeben hat.

Heute, keine drei Jahre später, ist die Arbeitslosigkeit von weit über eine Million auf deutlich unter 800.000 gesunken. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist um 40 Prozent zurückgegangen, der Unterrichtsausfall um die Hälfte und die Neuverschuldung um über 70 Prozent. Mehr als 250.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze sind entstanden. Wir haben mehr als 5.000 zusätzliche Lehrer eingestellt.

In keinem anderen Bundesland wird Bürokratieabbau so entschlossen in die Tat umgesetzt wie bei uns unter Führung von Ingo Wolf. Wir haben die Hochschulen in die Freiheit entlassen und sind mit Hilfe von Andreas Pinkwart auf dem Weg zum Innovationsland Nr. 1.

Unsere Minister machen einen hervorragenden Job bei der Erneuerung unseres Landes. Und die Landtagsfraktion wird beide auch in Zukunft genauso verlässlich bei ihrer Arbeit unterstützen, wie wir das in den zurückliegenden Jahren gemacht haben. Die FDP ist und bleibt Reformmotor der Koalition in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben eine gute Koalition mit der CDU in Nordrhein-Westfalen. Gerade mit dem Ministerpräsidenten arbeiten wir sehr partnerschaftlich zusammen. Aber es ist kein Geheimnis, wenn es darauf ankommt, Reformen gegen Widerstände auch durchzukämpfen, dann muss die FDP ran: So war das bei der Gemeindeordnung und der Reform der Mitbestimmung. Und wir haben dafür gesorgt, dass Nordrhein-Westfalen im Bundesrat gegen all den Unsinn Front gemacht hat, den Union und SPD in Berlin verabredet haben.

Wenn die linken Parteien glauben, uns als Neoliberale diffamieren zu können, dann antworten wir: Die Väter der sozialen Marktwirtschaft, Männer wie Ludwig Erhard und Walter Eucken, waren stolz darauf, Neoliberale zu sein. Denn der Neoliberalismus steht gerade für eine moderne Wettbewerbsordnung, die die Schwachen niemals aus dem Blick verliert.

Deshalb hat Otto Graf Lambsdorff Recht, wenn er kürzlich in einem Interview gesagt hat: "Ja, wir Freien Demokraten sind die Neoliberalen." Denn wir stehen für eine Ordnung der Freiheit mit sozialer Sensibilität, die unserem Land den größten Wohlstand seiner Geschichte gebracht hat.

Ohne Beharrlichkeit hätten wir auch den Beschluss zum Ausstieg aus dem Steinkohlenbergbau nicht hinkommen. Jetzt haben wir den Beschluss, aber die Arbeit ist bei weitem noch nicht getan. Es ist und bleibt ein historischer Erfolg der FDP, dass wir den Ausstiegsbeschluss erzwungen haben. Aber jetzt ist es unsere Aufgabe, diesen Ausstieg deutlich früher hinzubekommen. Das sozialverträgliche Ende des Steinkohlenbergbaus ist bis 2012 machbar. Investitionen für die Zukunft, statt Subventionen für die Vergangenheit.

Freiheitliche Lösungen für Nordrhein-Westfalen stoßen immer noch auf Widerstände in den alten Apparaten. So gab es in den letzten Wochen im Umweltministerium einige Witzbolde, die praktisch das gesamte Ruhrgebiet als Umweltzone mit Fahrverboten überziehen wollten.

Wenn wir das hingenommen hätten, hätten doch gerade die kleinen Leute darunter gelitten. Diejenigen, die sich nicht innerhalb eines halben Jahres mal schnell ein neues Auto leisten können. Genauso wie tausende Gewerbetreibende im Ruhrgebiet, die jeden Euro hart erwirtschaften müssen, um ihren Betrieb über Wasser zu halten.

Die FDP steht für eine moderne Umweltpolitik, die natürliche Ressourcen schont. Aber mit gesundem Menschenverstand. Wir wollen keine nutzlose, schädliche Verbotspolitik.

Die alten rot-grünen Regierungen in NRW und im Bund haben den Familien mit immer höheren Steuern und Abgaben das Geld aus der Tasche gezogen. Union und SPD in Berlin setzen diese Abzockerei unvermindert fort. Deshalb ist der Vorschlag von Guido Westerwelle, die Energiekosten für Privathaushalte durch den ermäßigten Mehrwertsteuersatz zu senken, absolut richtig!

Natürlich brauchen wir mehr Wettbewerb auf den Energiemärkten, und wenn es in Berlin einen liberalen Wirtschaftsminister gäbe, dann hätten wir den auch schon längst. Aber zur Wahrheit gehört auch, der eigentliche Preistreiber bei den Energiekosten ist der Staat. Deshalb wird es höchste Zeit, dass dieser Raubzug durch die Taschen der Bürger beendet wird und die Familien endlich mehr von dem behalten können, was sie sich mit ihrer Hände Arbeit erwirtschaften.

Und genauso entschieden werden wir unsere Privat-vor-Staat-Politik in Nordrhein-Westfalen fortsetzen. Und wenn manche meinen, auch innerhalb unserer Koalition, mit Privat vor Staat müsse doch jetzt langsam Schluss sein, dann lautet unsere Antwort: Die Privatisierung von Staatsbeteiligungen in Nordrhein-Westfalen muss jetzt erst richtig losgehen!

Denn wir haben doch jahrelang vor dem gewarnt, was bei der WestLB dann auch passiert ist. Wir haben immer gewarnt, dass eine Großbank im Staatsbesitz nichts anderes als Großrisiken für die Steuerzahler bedeutet. Aber umso mehr gilt: Neue Risiken für die Steuerzahler kommen nicht in Frage. Um das sicherzustellen, gibt es nur einen Weg, die WestLB muss so schnell wie möglich privatisiert werden.

Bei der Landesentwicklungsgesellschaft geht es nun ja endlich voran. Wozu braucht Nordrhein-Westfalen 100.000 eigene Wohnungen?

Und ich darf noch einmal daran erinnern: Im Koalitionsvertrag steht, alle Landesbetriebe, Landesanstalten, Landesinstitute und Landesagenturen müssen überprüft werden, ob sie weiter benötigt werden oder privatisiert werden können. Da sind noch wahre Schätze zu heben.

Wir kommen bei unserer Arbeit im neuen Nordrhein-Westfalen gut voran, aber wir wissen auch, es bleibt noch verdammt viel zu tun. Die Koalition mit der CDU hat sich bewährt. Diese Koalition schafft die Basis für eine erfolgreiche liberale Politik, die unser Nordrhein-Westfalen wieder in die Spitzengruppe der deutschen Bundesländer führt. Deshalb werden wir diese Koalition über die Landtagswahl hinaus genauso erfolgreich fortsetzen. Es gibt für uns in NRW überhaupt keinen Grund, über andere Koalitionen zu spekulieren."